

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-1.021.600

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)4163/J-NR/2025

Wien, am 10. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dagmar Belakowitsch und weitere haben am 10.12.2025 unter der **Nr. 4163/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Produktivitätsabfall, steigende Lohnstückkosten und wirtschaftspolitisches Versagen der Bundesregierung** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Wie erklären Sie sich den in den Jahren 2023 und 2024 verzeichneten Rückgang der Arbeitsproduktivität, insbesondere im industriellen Sektor?*

Der Rückgang der Arbeitsproduktivität in den Jahren 2023 und 2024 ist überwiegend konjunkturell bedingt und lässt sich insbesondere durch die Schwäche des industriellen Sektors erklären. Maßgeblich war ein deutlicher Einbruch der industriellen Wertschöpfung bei gleichzeitig nur moderat sinkender Beschäftigung.

Laut Produktivitätsbericht 2025 des Österreichischen Produktivitätsrats sank die Arbeitsproduktivität im Jahr 2023 um rund 1,5%; auch 2024 setzte sich der Rückgang fort, wenn auch in abgeschwächter Form. Die Herstellung von Waren leistete in beiden Jahren den größten negativen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vor allem in einer schwachen internationalen Nachfrage, einer gedämpften Exportentwicklung sowie in hohen Kostenbelastungen. Laut Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ging die reale Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren 2023 um 3,3% und 2024 um weitere 5,6% zurück, während die Gesamtwirtschaft deutlich geringere Rückgänge verzeichnete. Die Winterprognose 2025 des Instituts für Höhere Studien (IHS) verweist zudem auf einen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge gestiegener Lohnstückkosten und gestiegener Energiepreise sowie auf die dämpfende Wirkung der konjunkturellen Schwäche im Euroraum.

Ein zusätzlicher Erklärungsfaktor ist das Halten von Arbeitskräften in der Industrie trotz wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Viele Unternehmen hielten ihre Beschäftigten trotz rückläufiger Produktion, um Fachkräfte zu sichern. Diese kurzfristige Stabilisierung der Beschäftigung bei gleichzeitig sinkender Wertschöpfung führte zu einem Rückgang der Produktivität je Arbeitsstunde. Strukturelle Faktoren werden im Produktivitätsbericht für die Erklärung der kurzfristigen Entwicklung in den Jahren 2023 und 2024 als nachrangig eingestuft.

In Summe lassen die aktuellen Wachstums- und Inflationszahlen einen positiven Trend erkennen. Nach mehrmaligen Korrekturen der Institute nach oben soll das BIP-Wachstum 2026 bei 1,2 bzw. 1,0 Prozent liegen. Auch die Schnellschätzung zur Inflation aus dem Jänner mit 2 Prozent zeigt, dass die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Teuerung und Energiekosten zu greifen beginnen.

Zu den Fragen 2, 4 und 13

- *Welche Maßnahmen wurden seitens der Bundesregierung gesetzt, um dem deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten entgegenzuwirken?*
- *Welche Schritte hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr gesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich zu sichern?*
- *Welche konkreten Maßnahmen werden Sie bzw. die Bundesregierung in den kommenden zwölf Monaten setzen, um ein investitionsfreundlicheres Umfeld zu schaffen und die wirtschaftliche Lage nachhaltig zu stabilisieren?*

Die Bundesregierung verfolgt einen breit angelegten wirtschaftspolitischen Ansatz, der auf Anreize für Leistung und Wettbewerb, Investitionsförderung und Produktivitätssteigerung abzielt. Diese Maßnahmen sind nicht isoliert auf Lohnstückkosten gerichtet, leisten jedoch einen Beitrag, deren Entwicklung über verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und höhere Wertschöpfung zu dämpfen.

Im Regierungsprogramm 2025-2029 bekennt sich die Bundesregierung ausdrücklich zur Stärkung des Wirtschafts-, Produktions- und Innovationsstandorts Österreich. Dabei wird Senkung von Energie-, Bürokratie- und Arbeitskosten ein zentrales Ziel im Arbeitsprogramm der Bundesregierung, soweit dies vor dem Hintergrund der Konsolidierung budgetär möglich.

Ergänzend dazu wurden Investitions- und Strukturmaßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt. Im Rahmen eines Maßnahmenpakets im Herbst 2025 setzte die Bundesregierung gezielte Investitionsanreize zur Förderung von Produktivität, Innovation und Wachstum, darunter die Verdoppelung des Investitionsfreibetrags für Unternehmen. Im Rahmen eines Ministerrats im Dezember wurden umfassende Maßnahmen zur Entbürokratisierung präsentiert, dabei darf ich insbesondere die erste geplante Novelle der Gewerbeordnung verweisen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen. Durch steuerliche Vereinfachungen, erweiterte Pauschalierungsmöglichkeiten und den Abbau administrativer Belastungen wurden laufende Kosten reduziert und arbeitsbezogene Prozesse vereinfacht, was sich auf für die Lohnstückkosten relevante Kostenkomponenten auswirkt.

Insbesondere ist auf die konkreten Maßnahmen und inhaltlichen Ausgestaltungen der vor kurzem präsentierten Industriestrategie zu verweisen, die das Ziel verfolgt, die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich langfristig zu sichern. Die darin enthaltenen 117 Maßnahmen haben das ganz klare Ziel, Österreich wieder unter die Top 10 der wettbewerbsfähigsten Ländern zu bringen mit Schwerpunkten in den Bereichen Innovation und Forschung, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit.

Zentral zu nennen im Bereich der Kostenstruktur ist zudem der nochmals revidierte Gehaltsabschluss der Beamten zu nennen, der auch ein klares Signal im Bereich der Lohn-Preis-Spirale gesendet hat und ein wichtiges Signal für die Abschlüsse in der Privatwirtschaft war.

Zur Frage 3

- *Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen sinkender Produktivität und der weiterhin überdurchschnittlich hohen Inflation in Österreich?*

Zwischen der sinkenden Produktivität und der Inflation besteht ein indirekter, kostengetriebener Zusammenhang, der vor allem über die Entwicklung der Lohnstückkosten wirkt.

In den Jahren 2023 und 2024 ging die Arbeitsproduktivität infolge der rezessiven Entwicklung zurück, während die Beschäftigung vergleichsweise stabil blieb. In diesem Umfeld führten steigende Löhne bei sinkender Wertschöpfung je Arbeitsstunde zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, was den Kostendruck auf die Unternehmen erhöhte. Dieser Kostendruck wirkte inflationsverstärkend, da Unternehmen - insbesondere in lohnkostenintensiven Bereichen - einen Teil der gestiegenen Kosten an die Preise weitergaben. Die Inflation in Österreich ist jedoch nicht primär durch die Produktivitätsentwicklung verursacht, sondern wurde laut WIFO- und IHS-Prognosen maßgeblich durch hohe Energiepreise, den Auslauf staatlicher Entlastungsmaßnahmen sowie eine anhaltend starke Dienstleistungsinflation geprägt.

Der Produktivitätsbericht ordnet die Rolle der Produktivität folgendermaßen ein: Der Rückgang der Produktivität war nicht Auslöser, sondern verstärkender Faktor der Inflation, da Kostensteigerungen nicht durch Produktivitätsgewinne abgedeckt werden konnten. Das trug dazu bei, dass sich die Inflation in Österreich langsamer zurückbildete als im EU-Durchschnitt.

Zur Frage 5

- *Wie rechtfertigen Sie bzw. die Bundesregierung, dass Österreich im EU-Vergleich im Bereich der Inflation mittlerweile zu den Schlusslichtern zählt?*

Die Inflationsrate ergibt sich aus einem komplexen Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren. So bedingten die in Österreich in den letzten Jahren im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnsteigerungen auch entsprechende Kostensteigerungen und höhere Preise, was Druck auf die Inflation im Dienstleistungssektor, zu dem unter anderem Freizeit, Kultur, Verkehr und Gastronomie zählen, ausübte. Hinzu kommt, dass Österreich im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Berechnung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) eine der höchsten Gewichtungen bei Dienstleistungen aufweist, was sich auch dementsprechend auf die Gesamtinflationsrate auswirkt. Das Institut für Höhere Studien (IHS) senkte bereits seine Inflationserwartung für das Jahr 2026 von 2,5 auf 2,2 Prozent und damit wieder im Bereich des EZB-Zielwerts.

Darüber hinaus liefen mit Ende des Jahres 2024 hierzulande zahlreiche energiepolitische Maßnahmen aus, was Anfang 2025 zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate führte. So lag Ende 2024 Österreich mit einer Inflationsrate (HVPI) von 2,1% sogar noch unterhalb des Durchschnitts des Euroraums und der EU-27. Mit Jahresbeginn 2025 stieg die Inflation auf 3,4%, was zu einem wesentlichen Teil auf die auslaufenden Maßnahmen zur Eingrenzung der Teuerung im Bereich der Haushaltsenergie zurückzuführen war. Konkret lief die

Strompreisbremse aus, wurden Netzgebühren angehoben, die Ökostromförderbeiträge für Endkunden wieder eingehoben, die Energieabgabe wieder erhöht, sowie die CO₂-Abgaben erhöht. Gemäß WIFO-Schätzung ließ sich rund ein Prozentpunkt des Anstiegs der Inflation von Dezember 2024 auf Jänner 2025 auf diese Maßnahmen zurückführen. Dieser Basiseffekt des Auslaufens der energiepolitischen Maßnahmen fällt nun ab Jänner 2026 weg.

Zur Frage 6

- *Inwieweit sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Ihrer eigenen Politik und dem zunehmenden Arbeitskräftemangel in wesentlichen Wirtschaftsbereichen?*

Auch in diesem Bereich werden Maßnahmen gesetzt, um den Arbeits- und Fachkräftemangel zu adressieren. So unterstützt etwa die Austrian Business Agency mit "Work in Austria" internationale Fachkräfte und Unternehmen unter anderem mit dem Talent Hub, einer Online-Jobplattform, individueller Beratung und vielen weiteren Services insbesondere in den Bereichen IT, Technik, Handwerk, Gesundheit und Life Sciences.

Zur Frage 7

- *Wie beurteilen Sie bzw. die Bundesregierung die Aussage des Produktivitätsrats, wonach Österreich zwar hohe F&E-Ausgaben tätigt, der tatsächliche Innovationsoutput jedoch hinter internationalen Spitzenreitern zurückbleibt?*

Österreich liegt bei der F&E-Investitionen an dritter Stelle in der EU. Im European Innovation Scoreboard liegt Österreich in der Gruppe der "Strong Innovators". Im FTI-Pakt 2024-2026 und im nächsten FTI-Pakt 2027-2029 hat sich die Bundesregierung eine weitere Steigerung von Effizienz und Effektivität im FTI-System zum Ziel gesetzt.

Zur Frage 8 und 9

- *Welche konkreten Schritte wurden seit 2021 gesetzt, um strategische Zukunftstechnologien zu fördern?*
- *Warum verzichtet die Bundesregierung auf klare Priorisierungen, obwohl der Produktivitätsrat gezielte Förderung zentraler Technologien fordert?*

Herzstück der Industriestrategie 2035 ist eine Schlüsseltechnologie-Offensive. Mit ihr setzt die Industriestrategie gezielt auf Technologiefelder mit hohem Innovations- und Wachstumspotenzial für Österreich. Im Rahmen der Industriestrategie wurden erstmals neun Schlüsseltechnologien definiert, darunter u.a. Künstliche Intelligenz, Chips, fortgeschritte-

ne Produktionstechnologien und Robotik, Quantentechnologie, Advanced Materials und Life-Sciences.

Die in der Industriestrategie enthaltenen Maßnahmen zielen darauf ab, diese Schlüsseltechnologien gezielt zu stärken, u.a. durch ein eigenes Schlüsseltechnologien-Beschleunigungsgesetz, Ausrichtung der Agenturen auf Schlüsseltechnologien, ein entsprechenden FFG-Programm für Leitbetriebe oder neue Lehrberufe in diesen Bereichen.

Darüber hinaus ist auf die entsprechenden Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4161/J zu verweisen.

Zur Frage 10

- *Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die im Dienstleistungssektor wiederholt festgestellten Effizienzprobleme zu beheben?*

Das BMWET setzt sich in diesem Zusammenhang für eine Vollendung des EU-Binnenmarktes und den Abbau von Hürden bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen ein. Dabei spielen insbesondere der Ausbau des digitalen Binnenmarktes und die Einrichtung von One-Stop-Shops sowie das Once-Only-Prinzip, bei dem Unternehmen Daten nur einmal bei Behörden einreichen müssen, eine wichtige Rolle.

Ebenso soll der Zugang zu Vorschriften und Informationen in anderen Mitgliedstaaten für Unternehmen verbessert werden, etwa mittels grenzübergreifender Portale unter zur Hilfenahme des Enterprise-Europe-Netzwerkes.

Zur Frage 11

- *Wie gedenkt die Bundesregierung, die zunehmende Bürokratisierung und Regulierung - insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe - abzubauen?*

Dazu ist auf die Ausführungen zum Ministerratsbeschluss "Bürokratie abbauen, Wirtschaft ankurbeln" in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4161/J zu verweisen.

Zur Frage 12

- *Welche ökonomischen Auswirkungen erwarten Sie bzw. die Bundesregierung durch die absehbare Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahr 2026 und darüber hinaus?*

Die aktuellen Konjunkturprognosen von WIFO und IHS gehen für das Jahr 2026 und darüber hinaus nicht von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit aus, sondern von einer schrittweisen Stabilisierung und leichten Verbesserung der Arbeitsmarktlage.

Diese Einschätzung beruht auf der erwarteten konjunkturellen Erholung, insbesondere in der Industrie, sowie auf strukturellen Faktoren am Arbeitsmarkt. Mit einer allmählichen Belebung von Exporten, Industrieproduktion und Investitionen dürfte sich die Arbeitskräftenachfrage wieder erhöhen. Gleichzeitig wirkt der demografische Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung dämpfend auf das Arbeitskräfteangebot und stabilisiert damit den Arbeitsmarkt.

Aus ökonomischer Sicht hätte eine solche Stabilisierung beziehungsweise leichte Verbesserung der Beschäftigungslage positive gesamtwirtschaftliche Effekte. Sie stärkt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und wirkt damit unterstützend auf den privaten Konsum, der in den vergangenen Jahren durch hohe Inflation und Unsicherheit belastet war.

Zudem entlastet eine verbesserte Arbeitsmarktlage die öffentlichen Haushalte, da Ausgaben für Arbeitslosenleistungen zurückgehen und gleichzeitig Einnahmen aus Lohnsteuern und Sozialbeiträgen steigen. Der Produktivitätsbericht 2025 weist darüber hinaus darauf hin, dass eine stabile Beschäftigungsentwicklung in Verbindung mit Investitionen, Innovation und Qualifikation eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Produktivitätsgewinne wieder wirksam werden. Damit kann eine verbesserte Arbeitsmarktlage nicht nur kurzfristig Wachstum stützen, sondern auch mittelfristig Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Zur Frage 14

- *Gibt es in Ihrem Haus schon Berechnungen, wie sich die Gebührenerhöhung der Stadt Wien auf die Gesamtinflation der Republik auswirken wird?*
 - *Wenn ja, wie stark wirken sich diese Erhöhungen aus, und wie werden Sie dem entgegen wirken?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Laut WIFO sollen die Gebühren-, Abgaben- und Tarifierhöhungen auf allen Ebenen 2026 einen Einfluss von bis zu 0,7 bis 0,8 Prozentpunkten auf die Inflation haben.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

